



## Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur muss weiter verhandelt werden

Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur muss weiter verhandelt werden  
Bessere Rahmenbedingungen für europäische Investitionen schaffen  
Gestern ging der Gipfel der EU und der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) in Santiago de Chile zu Ende. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder: "Das Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) hat die wachsende Bedeutung der Region in der Welt unterstrichen. Staaten wie Brasilien, Argentinien und Mexiko sind aufstrebende Gestaltungsmächte. Das zeigt sich unter anderem darin, dass die drei Länder seit 2009 in die Reihe der G-20 gehören und mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, nicht nur im Bereich der Wirtschaft. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt besonders den Abschluss des Rohstoffabkommens mit Chile durch die deutsche Bundesregierung am vergangenen Samstag. Der Industriestandort Deutschland ist stark auf Rohstoffimporte angewiesen. Chile verfügt vor allem über Kupfer und mineralische Rohstoffe, die für die Herstellung von Hightech-Produkten in Deutschland gebraucht werden. Auf dem Weltmarkt steigt die Nachfrage nach diesen Rohstoffen jedoch rasant. Die Bundesregierung setzt mit dem Rohstoffabkommen ein weiteres Zeichen für eine verlässliche Außenwirtschaftspolitik mit Weitblick. Die Rohstoffpartnerschaften Deutschlands mit Kasachstan und der Mongolei stehen beispielhaft für diese Strategie. Auch bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur müssen jetzt Fortschritte erzielt werden. Dabei geht es vor allem um den Abbau von Handelshemmnissen und bessere Rahmenbedingungen für europäische Investitionen. Freier Handel ohne Protektionismus und Staatsdirigismus wird zu mehr Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung auf beiden Seiten führen." Hintergrund: Vertreter der EU und der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) haben sich am 26./27. Januar 2013 zu einem gemeinsamen Gipfel in der chilenischen Hauptstadt Santiago de Chile getroffen. Das erste Treffen dieser Art fand 1999 zwischen der EU und den lateinamerikanischen Staaten in Rio de Janeiro statt.  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/227-52267  
Telefax: 030/227-56115  
Mail: fraktion@cducsu.de  
URL: <http://www.cducsu.de>

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de  
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.